

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Deutsche Konjunktur: gedämpfte Erholung

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (2004) : Deutsche Konjunktur: gedämpfte Erholung, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 33-55

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3214>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2004, Heft 1

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Deutsche Konjunktur: Gedämpfte Erholung

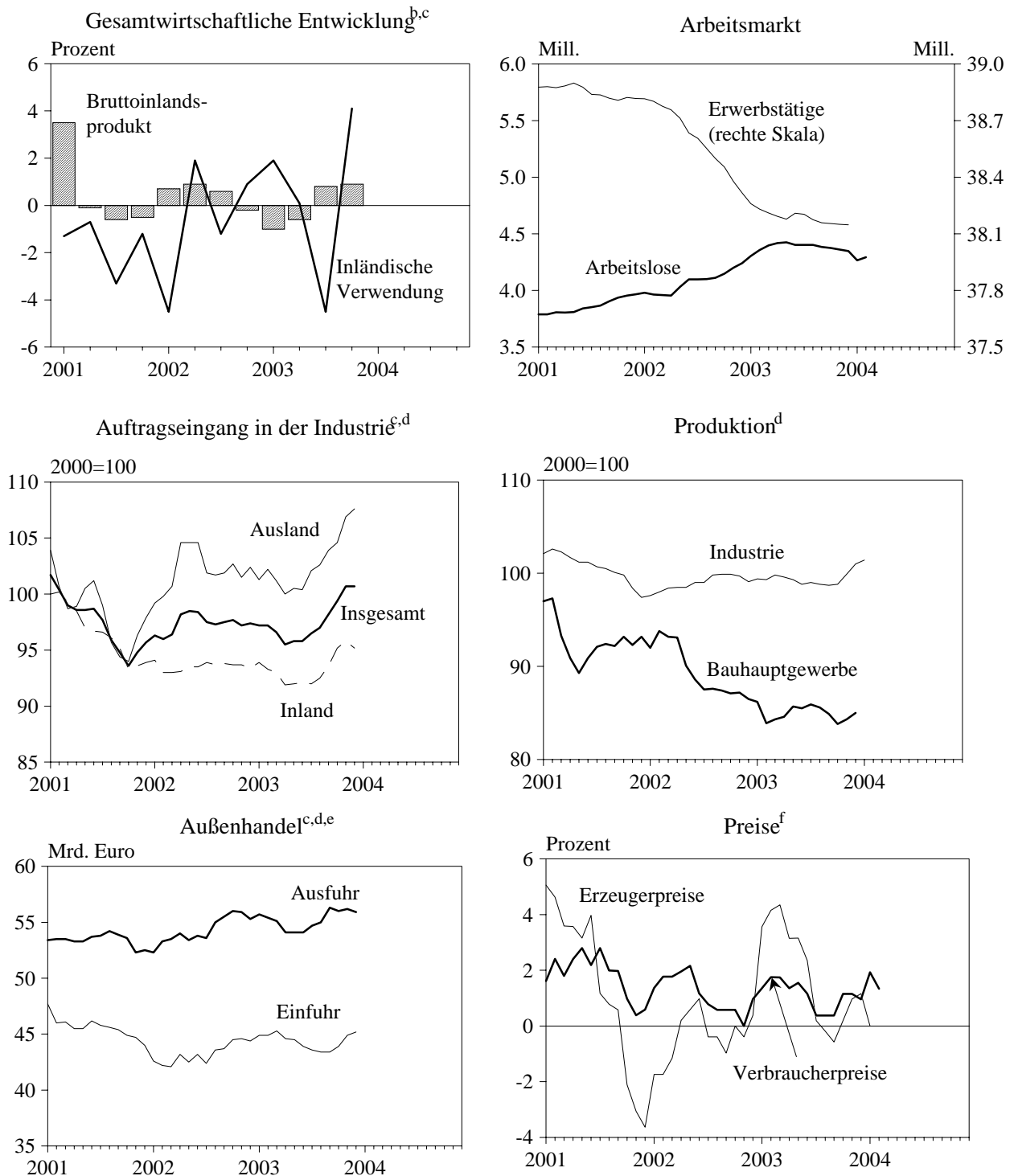
Von Alfred Boss, Annette Kuhn, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Birgit Sander, Joachim Scheide und Rainer Schmidt

Im vergangenen Jahr ist das reale Bruttoinlandsprodukt zum ersten Mal seit der Rezession Anfang der neunziger Jahre gesunken. Allerdings verdichteten sich im Herbst die Anzeichen für eine Erholung. Im vierten Quartal expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 0,9 Prozent, nachdem sie schon im Vierteljahr zuvor wieder leicht zugenommen hatte (Abbildung 1). Maßgeblich für den Anstieg im vierten Quartal war die größere Zuversicht der Unternehmen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung, die sich darin äußerte, dass sie ihre Investitionen – erstmals seit Sommer 2000 – wieder ausweiteten. Dagegen nahmen die Impulse von der Auslandsnachfrage deutlich ab, was auf die Aufwertung des Euro zurückzuführen ist, die sich nach einer Pause im Sommer fortsetzte. Weiterhin rückläufig waren die privaten Konsumausgaben. Die Aussicht auf die Steuerentlastung Anfang 2004 vermochte den Einfluss weiter sinkender Realeinkommen und ungünstiger Beschäftigungsperspektiven nicht auszugleichen.

Nach dem Jahreswechsel dürfte sich die konjunkturelle Expansion etwas beschleunigt haben. Die Industrieproduktion lag im Januar um 1 Prozent über ihrem Stand im vierten Quartal, und die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe zeigen in der Tendenz weiter nach oben. Das Geschäftsklima hatte sich in den vergangenen Monaten kontinuierlich verbessert, bevor es im Februar zu einem leichten Rückgang kam. Dieser ging auf eine Korrektur der zwischenzeitlich sehr hohen Geschäftserwartungen zurück; wichtiger für die Abschätzung der Produktion im laufenden Quartal ist jedoch die Geschäftslage; diese wurde so günstig beurteilt wie zuvor. Darüber hinaus deutet die Zunahme der Einzelhandelsumsätze im Januar darauf hin, dass die privaten Konsumausgaben zu Jahresbeginn 2004 gestiegen sind.

Am Arbeitsmarkt zeigen die Erholung der Konjunktur, insbesondere aber die Maßnahmen im Rahmen der Hartz-Gesetze erste Spuren. Die Geschwindigkeit des Beschäftigungsabbaus hat sich in der zweiten Hälfte vergangenen Jahres deutlich verlangsamt. Die ausgewiesene Arbeitslosenquote ist sogar gesunken und war im Februar mit 10,3 Prozent um 0,2 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. Doch spiegeln sich in diesem Rückgang vor allem Veränderungen in der statistischen Erfassung, die diese Statistik zur Beurteilung der Entwicklung am Arbeitsmarkt gegenwärtig unbrauchbar machen.

Abbildung 1:
Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2001–2004



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — ^cReal. — ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. — ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Das Preisklima ist weiterhin sehr ruhig. Die Verbraucherpreise haben sich zu Jahresbeginn aufgrund der Einführung einer Praxisgebühr bei Arztbesuchen sowie wegen gestiegener Zuzahlungen für Arzneimittel leicht erhöht. Zuvor waren sie aber seit dem Spätsommer annähernd konstant geblieben, und im Februar erhöhten sich die Lebenshaltungskosten nicht. Die Inflationsrate betrug im Februar 0,9 Prozent.

Wachstumsschub nach dem „Reformjahr“ 2003?

Die Bundesregierung hat im abgelaufenen Jahr eine Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen begonnen, insbesondere im Rahmen der so genannten Agenda 2010. Vielfach wird nun erwartet, dass sich das Potentialwachstum beschleunigt und möglicherweise auch die Konjunktur von diesen Maßnahmen angeregt wird. Der Dominanz des Themas Reformen in der öffentlichen Debatte zum Trotz darf allerdings nicht übersehen werden, dass mit den Neuregelungen, beispielsweise im System der sozialen Sicherung, erst ein kleiner Schritt gemacht wurde, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Teilweise korrigiert die Politik – wie mit der Lockerung des 1998 verschärften Kündigungsschutzes oder der geplanten Wiedereinführung des damals ausgesetzten demographischen Korrekturfaktors in der Rentenformel – nur kurz zuvor getroffene Fehlentscheidungen.

Positive Effekte für das Potentialwachstum und die Beschäftigung sind am ehesten von den Reformen am Arbeitsmarkt zu erwarten. So sind die Kriterien, nach denen entschieden wird, welche Tätigkeiten für einen Arbeitslosen als zumutbar zu gelten haben, deutlich verschärft worden, was die Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöhen würde. Außerdem wird die Dauer, für die Arbeitslosengeld bezogen werden kann, auf im Regelfall ein Jahr verkürzt – allerdings erst im Februar 2006. Negativ auf das Arbeitsangebot wirkt allerdings, dass das Arbeitslosengeld II, das bei Bedürftigkeit ab Jahresbeginn 2005 anstelle der Arbeitslosenhilfe nach dem Ablauf der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld gezahlt werden soll, in vielen Fällen – mindestens in einer so genannten Übergangsphase von zwei Jahren – höher sein wird als die Arbeitslosenhilfe. Ich-AGs und Personal-Service-Agenturen bringen möglicherweise zusätzliche Beschäftigung; größere, längerfristige Wirkungen dieser „Hartz-Maßnahmen“ sind aber ungewiss (Benner et al. 2003). Impulse auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen dürften davon ausgehen, dass der Kündigungsschutz verringert und Abfindungen gesetzlich geregelt wurden. Freilich wären erheblich größere Wirkungen zu erwarten, wenn die Reform des Kündigungsschutzes nicht auf Neueinstellungen in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten begrenzt worden wäre. Die Wiedereinführung der Möglichkeit des beitragsfreien Nebenerwerbs hat die Arbeitsnachfrage bereits im Jahr 2003 angeregt. Um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken, sind am Arbeitsmarkt gleichwohl weitere Reformen notwendig. Dazu zählen eine Neuinterpretation des „Günstigkeitsprinzips“, die das Unterschreiten geltender Tariflöhne erlaubt,

Öffnungsklauseln für Tarifverträge und ein Verzicht auf Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen. Zudem ist eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Qualifikation und Region erforderlich.

Auch in anderen wichtigen Bereichen konnten nur begrenzte Fortschritte erzielt werden. So dürften die Reformen im Gesundheitswesen das System nicht so stark verändern, dass nachhaltig mit erhöhter Effizienz und mit einem niedrigeren Kostenanstieg zu rechnen ist. In diesem Jahr dürften die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung trotz der nunmehr von den Patienten zu entrichtenden Praxisgebühr und trotz erhöhter Zuzahlungen zu Medikamenten kaum sinken; erst im kommenden Jahr wird der Rückgang infolge zusätzlicher Reformmaßnahmen nennenswert sein. Die Wiedereinführung eines demographischen Korrekturfaktors in der Rentenversicherung zielt in die richtige Richtung. Zweifelhaft ist jedoch, ob es ausreicht, die Lebensarbeitszeit erst ab dem Jahr 2010 zu verlängern. Ein früherer Einstieg würde die Beitragssätze auf einem niedrigeren Niveau stabilisieren und den Anstieg der Lohnnebenkosten stärker dämpfen. Von Bedeutung wäre zudem, dass ein früherer Eintritt in die Rente nicht mehr aus arbeitsmarktpolitischen Gründen subventioniert wird, etwa im Rahmen von Frühverrentungsprogrammen. Schließlich sind Reformen im Bildungssystem erforderlich, damit die durch internationale Vergleichsstudien aufgedeckten Defizite in diesem Bereich nicht zu gravierenden Arbeitsmarktengpässen in der Zukunft führen. Die Probleme in diesem wichtigen Bereich sind bisher nicht angegangen worden.

Ein wichtiges Reformvorhaben¹ bleibt die durchgreifende systematische Korrektur der Einkommensbesteuerung. Zwar wurden in diesem Jahr die Steuersätze gesenkt, und für das kommende Jahr ist eine weitere Verringerung beschlossen. Die Nachhaltigkeit der Maßnahmen ist allerdings angesichts ihrer überwiegenden Finanzierung über zusätzliche Schulden bzw. den Verkauf von Bundesvermögen fraglich. Eine grundlegende Steuerreform, die auch mit einer Vereinfachung des Steuerrechts einhergeht, wurde bisher nicht angegangen. Gegenwärtig scheint dieses Thema jedoch auf der Prioritätenliste der Politik nach unten gerutscht zu sein.

Alles in allem weisen die im vergangenen Jahr diskutierten und zum Teil auch beschlossenen Maßnahmen zwar in die richtige Richtung. Sie dürften unserer Einschätzung nach aber nicht für eine spürbare Zunahme des Wachstums sorgen. Der Handlungsbedarf der Politik bleibt deshalb hoch, zumal es Anzeichen dafür gibt, dass sich das Wachstum des Produktionspotentials weiter verlangsamt hat. Zwischen 1997 und 2003 – ein Zeitraum, der drei Aufschwungsjahre und drei schwache Jahre umfasst – nahm das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich um

¹ Für eine detaillierte Gegenüberstellung verschiedener Reformvorschläge vgl. den Beitrag „Radikale Steuerreform in Deutschland?“ von Alfred Boss.

1,3 Prozent durchschnittlich pro Jahr zu. Schätzwerte internationaler Organisationen für das Potentialwachstum in Deutschland liegen bei 1,5 Prozent.² Schätzverfahren, die einen etwas flexibleren Trend zulassen, kommen dagegen derzeit nur auf ein Wachstum von etwa 1 Prozent, und ein noch niedrigerer Wert ist angesichts der Schätzunsicherheiten am aktuellen Rand nicht auszuschließen. In jedem Fall setzt sich der seit den siebziger Jahren zu beobachtende Trend zur Abflachung des Wachstums fort. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung muss die Politik einkalkulieren, dass die Zuwächse des realen Bruttoinlandsprodukts in Zukunft zunehmend geringer werden, wenn nicht nachhaltig umgesteuert wird. Zum einen sollte sie dies in ihren Planungen, etwa zur Finanzpolitik, berücksichtigen, sonst könnten später massive Korrekturen notwendig werden. Zum anderen sollte sie heute die Weichen für mehr Wachstum stellen, denn je später Veränderungen angegangen werden, umso schwieriger dürfte der Anpassungsprozess sein. Angesichts der lauter werdenden Rufe nach einer „Reformpause“, rechnen wir für die nähere Zukunft allerdings nicht mit entscheidenden weiteren Schritten.

Immer noch günstige monetäre Rahmenbedingungen

Der maßgebliche Leitzins im Euroraum liegt seit Juni 2003 bei 2,0 Prozent. Dreimonatsgeld ist seither für etwa 2,1 Prozent zu haben (Tabelle 1). Real liegt der Dreimonatszins mit etwa 1 Prozent einen Prozentpunkt unter seinem neutralen Niveau (Benner et al. 2003). Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wirkt damit anregend auf die deutsche Konjunktur. Die Kapitalmarktzinsen bewegen sich seit dem vergangenen Sommer bei etwas über 4 Prozent, Anfang März betragen sie 4,1 Prozent. Real liegen sie derzeit bei ungefähr 2,5 Prozent und damit etwa einen halben Prozentpunkt unter ihrem neutralen Niveau, so dass die Konjunktur auch von dieser Seite angeregt wird. Die fortgesetzte Erholung an den Aktienbörsen erweitert die Finanzierungsspielräume der Unternehmen zusätzlich.

Verschlechtert haben sich die monetären Rahmenbedingungen durch die weitere Aufwertung des Euro. Seit dem Herbst hat der Euro effektiv und real um schätzungsweise 6 Prozent an Wert gewonnen; der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, der auch Preisveränderungen gegenüber den Handelspartnern im Euroraum erfasst, hat sich um etwa 3 Prozent verschlechtert. Alles in allem ist das monetäre Umfeld aber noch anregend.

² Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Schätzwerte in den vergangenen Jahren deutlich nach unten korrigiert wurden (vgl. hierzu Benner et al. 2003).

Im Prognosezeitraum wird die EZB die Zinsen wohl nicht verändern (Gern et al. 2004). Da sich die Inflation nicht beschleunigt, werden die kurzfristigen Realzinsen ebenfalls konstant bleiben. Die Kapitalmarktzinsen werden im Zuge der aufschwungsbedingt weltweit höheren Kapitalnachfrage nominal und real geringfügig steigen. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,25 unterstellt. Insgesamt werden die monetären Rahmenbedingungen günstig bleiben.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2004 und 2005

	2004				2005			
	1. Q. ^a	2. Q. ^a	3. Q. ^a	4. Q. ^a	1. Q. ^a	2. Q. ^a	3. Q. ^a	4. Q. ^a
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,3
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,3	4,4	4,5	4,5	4,6	4,7	4,7	4,7
Tariflohnindex ^{b,c}	1,6	1,7	1,8	1,6	2,1	2,2	2,1	2,2
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^d	99,6	99,4	99,2	99,0	98,9	98,7	98,5	98,3
Industrieproduktion im Ausland ^{e,f}	3,4	3,7	4,1	4,2	4,5	4,0	4,0	3,7
Rohölpreis ^g	30,0	28,0	28,5	29,0	31,7	29,0	28,8	30,0

^aPrognose. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^cAuf Stundenbasis. — ^dGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^eVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^fIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, acht EU-Beitrittsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^gUS-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Budgetdefizit des Staates sinkt nur wenig

Das Budgetdefizit des Staates lag im Jahr 2003 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt knapp unter 4 Prozent (2002: 3,5 Prozent). Es hat nicht so stark zugenommen, wie es angesichts eines Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts um 0,1 Prozent zu erwarten ist. Maßgeblich dafür ist, dass einzelne Ausgaben gekürzt und viele Abgaben erhöht wurden; insbesondere wurden die Sozialversicherungsbeiträge deutlich angehoben.

Zu Beginn des Jahres 2004 wurden die Einkommensteuersätze gesenkt; dies hat Steuermindereinnahmen in Höhe von 12,6 Mrd. Euro zur Folge.³ Gleichzeitig traten Einsparmaßnahmen

³ Zudem gibt es eine so genannte Steueramnestieregelung, nach der steuerunehrliche Bürger befristet die Möglichkeit haben, hinterzogenes Einkommen straf- und bußgeldfrei zu deklarieren; allerdings müssen sie dann eine Abgabe von 25 Prozent entrichten. Es ist offen, in welcher Höhe diese Regelung das Steueraufkommen kurz- und mittelfristig erhöht. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2004 Einnahmen in Höhe von 5 Mrd. Euro, die Wirtschaftsforschungsinstitute dagegen rechneten im Herbst 2003 mit Einnahmen von nur 1,5 Mrd. Euro (Arbeitsgemeinschaft 2003: 37).

in Kraft (Tabelle 2). Die Finanzhilfen des Bundes und der Länder, vor allem aber die Steuerbegünstigungen wurden gekürzt; dabei hat man sich an dem Vorschlag der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück (2003) orientiert. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden

Tabelle 2:

Wichtige finanzpolitische Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Einnahmen und die Ausgaben des Staates^a in den Jahren 2004 und 2005 (Mrd. Euro)

	2004	2005
Senkung der Einkommensteuersätze (nach Abzug der progressionsbedingten (heimlichen) Steuererhöhung um 3 Mrd. Euro)	-12,6	-12,8
Reduktion der Einkommensteuersätze (Rest der dritten Stufe nach Abzug der heimlichen Steuererhöhung)	.	-3,2
Steueramnestieregelung (Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit)	1,5	0,0
Änderungen des Gewerbesteuergesetzes	0,2	0,5
Reduktion der Steuervergünstigungen	1,2	3,8
Änderung der Renten- und Beitragsbesteuerung	-	-1,0
Erhöhung der Tabaksteuer	1,0	2,2
Sonstige Steuerrechtsänderungen (z.B. Einschränkung der Verlustverrechnung)	0,5	1,1
Belastung der Versorgungsbezüge der Versicherten durch Krankenkassenbeiträge	1,6	1,6
Reduktion des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	-2,3	-5,8
Einführung lohnunabhängiger Prämien für Zahnersatzleistungen	.	3,0
Insgesamt	-8,9	-10,6
Reduktion des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes im öffentlichen Dienst	-1,5 ^b	-1,6
Kürzung der Finanzhilfen (u.a. Koch–Steinbrück-Vorschläge)	-0,6	-1,8
Kürzung der Transfers (u.a. der Arbeitslosenhilfe und des Erziehungsgeldes)	-0,2	-0,6
Wegfall von einzelnen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, Anhebung der Zuzahlungen der Versicherten beispielsweise beim Kauf von Arzneimitteln, Abschaffung des Sterbegeldes etc.	-4,0	-4,6
Verzicht auf die Rentenanpassung am 1. Juli 2004	-0,1	-0,2
Belastung der Rentner mit dem vollen Beitrag zur Pflegeversicherung	-1,2	-1,6
Insgesamt	-7,6	-10,4
<i>Nachrichtlich:</i>		
Steuertarifänderung ^c gemäß BMF (zweite Stufe der Steuersenkung)	-6,5	-6,6
Steuertarifänderung ^c gemäß BMF (dritte Stufe der Steuersenkung)	.	-15,6
Steuertarifänderung ^c gemäß BMF (Vorziehen eines Teils der dritten Stufe gemäß Vermittlungsausschuss)	-9,1	0,4
Steuerrechtsänderungen ^c gemäß BMF ohne Steuertarifänderungen	7,6	7,3

^aIm Vergleich zu den Einnahmen bzw. Ausgaben bei Regelungen wie im Jahr 2003. — ^bMinderausgaben in Höhe von 0,6 Mrd. Euro im Jahr 2003. — ^cGemessen an den sonst zu erwartenden Steuereinnahmen.

Quelle: BMF (2004); BMF (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Berechnungen.

im Jahr 2004 nur wenig steigen; die Tariflöhne und die Beamtengehälter werden zwar angehoben, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld aber verringert. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung werden infolge der Reform des Gesundheitswesens sinken. Schließlich wird die Zunahme der Rentenausgaben eingeschränkt, damit der Beitragssatz konstant gehalten werden kann. Die konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates dürften im Jahr 2004 kaum steigen, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt werden sie merklich sinken. Die Abgabenbelastung wird ebenfalls abnehmen, wenngleich etwas weniger deutlich. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – wird geringfügig zurückgehen.

Im Jahr 2005 werden die Einkommensteuersätze abermals reduziert. Die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen belaufen sich auf 6,3 Mrd. Euro; die Hälfte davon gleicht aber lediglich die Mehrbelastung aus, zu der es sonst käme (Boss und Elendner 2003). Die Steuervergünstigungen werden im Jahr 2005 deutlich stärker als im Jahr 2004 verringert. Die Ausgaben des Staates dürften – bedingt durch mehrere Einsparmaßnahmen – nur wenig steigen. Das Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird abermals die 3-Prozent-Marke deutlich übertreffen; das strukturelle Budgetdefizit wird allerdings geringfügig abnehmen.

Weltweiter Aufschwung fördert Ausfuhr

Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen stieg im Jahr 2003 nur schwach. Nachdem sie im ersten Halbjahr 2003 rückläufig gewesen war, zog sie in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas an. Im Durchschnitt des Jahres 2003 lagen die Exporte 1,4 Prozent über ihrem Vorjahreswert. Für die Schwächephase verantwortlich waren die eingetrübte Konjunktur im Euroraum und die höhere Bewertung des Euro, die vor allem die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten schwächte. Positive Anregungen kamen von der starken Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Asien. Dies zeigt sich in den Zahlen des Spezialhandels, nach denen die Ausfuhr von Waren in die Reformländer im Jahr 2003 rund 9 Prozent über ihrem Vorjahresniveau lag.

Trotz der kräftigen Aufwertung des Euro haben sich die Perspektiven für den Export in den vergangenen Monaten kaum eingetrübt. Zu Jahresanfang 2004 dürfte es sogar zu einer Gegenbewegung zu der – gemessen am Anstieg der Industrieproduktion der Handelspartner – schwachen Zunahme im vorausgegangenen Quartal gekommen sein. Darauf deuten die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland hin. Im weiteren Verlauf des

Prognosezeitraums stehen den positiven Effekten der anziehenden Weltkonjunktur anfangs negative Auswirkungen der Euroaufwertung entgegen; der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist im Jahr 2003 um knapp 5 Prozent gestiegen. Im ersten Quartal 2004 dürfte er um 1,4 Prozent höher gewesen sein als im Quartal zuvor. Gleichzeitig haben sich die Perspektiven für die Konjunktur bei den Handelspartnern allerdings weiter aufgehellt. Die mit den Anteilen am deutschen Export gewichtete Industrieproduktion bei den wichtigsten Handelspartnern wird ihr Ergebnis vom Jahr 2003 in diesem Jahr um 4,1 Prozent übertreffen. Insgesamt rechnen wir mit einer Erhöhung der Exporte im Jahr 2004 um 5,4 Prozent. Im kommenden Jahr werden die Exporte etwas langsamer expandieren. Die dämpfenden Effekte der Euroaufwertung fallen zwar nach und nach weg. Die Dynamik der Weltkonjunktur nimmt jedoch gegen Ende des Prognosezeitraums etwas ab. Alles in allem erwarten wir für das Jahr 2005 einen Anstieg der Exporte von 4,0 Prozent.

Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen haben zuletzt kräftig zugelegt. Nachdem sie im Sommerhalbjahr stark abgenommen hatten, stiegen sie im vierten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 11,1 Prozent. Dies ist wohl ein Reflex auf den vorherigen Rückgang, da weder die Endnachfrage noch die Exporte im vierten Quartal anzogen. Offenbar gingen die Importe zu einem großen Teil ins Lager. Dies könnte mit auf die sehr kräftigen Auftragseingänge, die auf einen zukünftig höheren Bedarf an Vorleistungsgütern hinweisen, zurückzuführen sein. Mit sich erholender Binnennachfrage und weiter expandierender Nachfrage nach Exportgütern werden die Importe im Laufe dieses und des nächsten Jahres moderat zulegen. Im Jahresdurchschnitt 2004 werden sie auch aufgrund ihres hohen Niveaus zu Beginn des Jahres um 4,7 Prozent zunehmen. Für das nächste Jahr erwarten wir einen Importanstieg um 4,4 Prozent.

Die Importpreise sind im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Wesentlich dürfte hierfür die Aufwertung des Euro gewesen sein. Im Verlauf dieses Jahres werden die Preise leicht steigen, wobei vor allem die Notierungen für nichtenergetische Rohstoffe preistreibend wirken. Anfangs wird der Preisanstieg allerdings noch gedämpft durch die vergangene Euroaufwertung. Im Jahresdurchschnitt werden die Preise leicht sinken. Im kommenden Jahr fallen die preisdämpfenden Effekte der Aufwertung zwar weg, doch steigen die Rohstoffpreise weniger stark. Die Importpreise dürften weniger rasch anziehen als 2004. Die Exportpreise sind im Jahr 2003 leicht gesunken, vor allem, weil die Unternehmen der Verteuerung ihrer Exporte durch die Aufwertung des Euro durch Preiszugeständnisse entgegengewirkt haben dürften. Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums erwarten wir einen moderat steigenden Deflator der

Exporte, der ein Abklingen der Euroaufwertung und eine Teuerung auf vorgelagerter Produktionsstufe widerspiegelt. Alles in allem werden sich die Terms of Trade in diesem Jahr weiter verbessern und im nächsten Jahr in etwa konstant bleiben.

Investitionen wieder aufwärts gerichtet

Im vergangenen Jahr setzte sich die Schwäche bei den Unternehmensinvestitionen fort; sie schrumpften um 2,4 Prozent (Tabelle 3). Allerdings kam es im Verlauf des Jahres zu einer Stabilisierung. Für das erste Quartal 2004 deuten die Auftragseingänge im Investitionsgüterhauptgewerbe aus dem Inland darauf hin, dass die Unternehmensinvestitionen nur wenig ausgeweitet wurden. Für den weiteren Jahresverlauf 2004 rechnen wir damit, dass die Unternehmensinvestitionen als Folge der verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen sowie der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen leicht ausgeweitet werden. Dabei werden Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen zunächst im Vordergrund stehen. Erst allmählich werden auch Erweiterungen vorgenommen. Insgesamt bleibt die Dynamik allerdings gering, nicht zuletzt weil Produktion zunehmend ins Ausland verlagert wird. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg der Unternehmensinvestitionen um 3,7 Prozent in diesem und um 3,2 Prozent im kommenden Jahr.

Tabelle 3:

Reale Anlageinvestitionen 2002–2005 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a
Anlageinvestitionen	-6,7	-2,9	3,9	1,9
Unternehmensinvestitionen	-7,3	-2,4	3,7	3,2
Ausrüstungen	-9,1	-3,0	3,7	3,7
Sonstige Anlagen	1,6	1,8	4,8	5,8
Wirtschaftsbau	-6,5	-2,9	3,2	0,9
Wohnungsbau	-5,8	-2,7	4,5	-0,4
Öffentlicher Bau	-4,7	-7,6	3,9	0,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauten insgesamt	-5,8	-3,4	4,0	0,1

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Wohnungsbauinvestitionen gingen im Jahr 2003 auch aufgrund der weiterhin bestehenden Angebotsüberhänge erneut zurück, allerdings mit 2,7 Prozent nicht mehr so stark wie im

Vorjahr. Im Jahresverlauf war sogar erstmals seit langem wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Angesichts der bestehenden Leerstände, vor allem in Ostdeutschland sowie der langfristig gedrückten Einkommensaussichten dürfte es sich hierbei jedoch noch nicht um eine Trendwende handeln. Gleichwohl sorgen die Vorzieheffekte im Hinblick auf die Streichung der Eigenheimzulage, vorübergehend noch für einen positiven Schub. Zu diesem leistet auch das Wohnraummodernisierungsprogramm der KfW Bankengruppe einen Beitrag. Hierauf deuten die jüngsten Zuwächse der Auftragseingänge und der Anstieg der Zahl der Baugenehmigungen hin. Für das Jahr 2004 rechnen wir damit, dass die Wohnungsbauinvestitionen um rund 4,5 Prozent ausgeweitet werden; im kommenden Jahr werden sie entsprechend der längerfristigen Tendenz wieder leicht zurückgehen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen gingen im Jahr 2003 mit 7,6 Prozent ausgesprochen kräftig zurück. Hierin spiegelt sich der starke Konsolidierungsdruck, dem alle öffentlichen Haushalte ausgesetzt waren. In den kommenden beiden Jahren dürfte sich die Haushaltslage der Gemeinden entspannen, da der Bund zu ihren Gunsten auf die Gewerbesteuererinnahmen verzichtet. Von daher ist mit einer leichten Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen zu rechnen. Aufgrund des hohen Niveaus zu Jahresbeginn werden sie im Durchschnitt des laufenden Jahres um 3,9 Prozent zunehmen. Für 2005 erwarten wir einen Anstieg um 0,5 Prozent.

Steuersenkungen regen Konsum vorübergehend an

Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2002 wurden die privaten Konsumausgaben im abgelaufenen Jahr abermals eingeschränkt, wenngleich nur geringfügig. Angesichts stagnierender real verfügbarer Einkommen und ungünstiger Beschäftigungsperspektiven sowie verunsichert darüber, welche wirtschaftspolitischen Reformen erforderlich sind und letztlich durchgeführt werden, hielten sich die privaten Haushalte mit Käufen zurück. Die Kursgewinne durch die Erholung an den Aktienmärkten brachten kaum Impulse, wohl auch weil viele Haushalte nach den vorausgegangenen Kursverlusten mittlerweile einen geringeren Anteil ihres Vermögens in Aktien halten (Deutsche Bundesbank 2003: 43–44).

Zu Jahresbeginn 2004 wurden die privaten Haushalte deutlich von Einkommensteuern entlastet, wenngleich einzelne Steuervergünstigungen gekürzt wurden. Die Renten werden allerdings nicht wie üblich zur Jahresmitte angepasst, zudem müssen Rentner ab April den vollen Beitragssatz zur Krankenversicherung zahlen. Per saldo werden die privaten Haushalte gleichwohl entlastet. Mit einer kräftigen Beschleunigung der privaten Konsumausgaben ist trotzdem nicht zu rechnen, denn ein Großteil der Steuersenkungen dürfte von den Verbrau-

chern nicht als dauerhaft angesehen werden, da sie entweder durch zusätzliche Kredite oder durch den Verkauf von Bundesvermögen finanziert werden. Beide Finanzierungsarten implizieren für sich genommen höhere Steuern in der Zukunft. Ein leichter Impuls dürfte von dieser Seite indessen im ersten Halbjahr 2004 auf die privaten Konsumausgaben ausgehen.

Zu Beginn des Jahres 2005 wird die Einkommensteuer abermals gesenkt. Das Volumen der Entlastung fällt allerdings wesentlich geringer aus als im laufenden Jahr, zumal verstärkt Steuervergünstigungen entfallen. Geringfügige Anregungen erhalten die privaten Konsumausgaben im kommenden Jahr überdies durch die sich langsam wieder verbessernde Lage am Arbeitsmarkt. Angesichts der gedämpften Perspektiven hinsichtlich der mittelfristig zu erwartenden Einkommenszuwächse sowie aufgrund der sich immer deutlicher abzeichnenden Notwendigkeit der privaten Altersvorsorge bleibt die Dynamik aber gering. Alles in allem nimmt der private Verbrauch im Jahr 2005 voraussichtlich um 1,2 Prozent zu, nach 0,7 Prozent im Jahr 2004. Die Sparquote wird in beiden Jahren weiter leicht steigen.

Preisklima bleibt ruhig

Die Lebenshaltung hat sich im Jahr 2003 nur wenig verteuert. Im Durchschnitt stiegen die Verbraucherpreise um 1,1 Prozent. Die treibenden Faktoren hierfür waren die Erhöhung der Tabaksteuer sowie der Anstieg der Öl- und Energiepreise. Saisonbereinigt hat sich der Verbraucherpreisanstieg ab dem Frühjahr 2003 deutlich verlangsamt. Deflationsbefürchtungen, wie sie im vergangenen Jahr mancherorts aufgekommen waren, haben sich, wie von uns erwartet (Benner et al. 2003), nicht bestätigt. Zu Jahresbeginn 2004 kam es erneut zu einem deutlichen Preissprung, hervorgerufen durch die Gesundheitsreform, die den gesetzlich Krankenversicherten erhöhte Zahlungspflichten auferlegt.⁴

Der Preistrend im Prognosezeitraum wird dadurch beeinflusst, dass sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nur wenig erhöht. So kann sich binnenwirtschaftlich kein nennenswerter Preisdruck aufbauen, zumal die nominalen Lohnstückkosten im laufenden Jahr zurückgehen und im kommenden Jahr nur geringfügig steigen. Für den Außenwert des Euro ist unterstellt, dass er auf dem gegenwärtigen Niveau verharren wird. Allerdings gehen von

⁴ Während die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht in die Messung der Verbraucherpreise einfließen, beeinflussen die Eigenbeteiligungen der Versicherten – wie z.B. Rezeptgebühren und Praxisgebühren – den Preisanstieg. Auf die Ausgaben zur Gesundheitspflege insgesamt entfallen etwa 3,5 Prozent der Verbrauchsausgaben. Der Preisauftrieb in dieser Ausgabenkategorie betrug im Januar 2004 Prozent rund 17 Prozent gegenüber dem Vormonat.

der bereits eingetretenen Aufwertung weiterhin dämpfende Wirkungen auf die Importpreise aus, wenngleich mit nachlassender Stärke. Aufgrund der Anhebung der Tabaksteuer kommt es zum 1. März und zum 1. Dezember 2004 sowie zum 1. September 2005 jeweils zu einem Preisschub. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,3 Prozent in diesem Jahr und 1,2 Prozent im nächsten Jahr.

Lage am Arbeitsmarkt nur scheinbar verbessert

Nachdem sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal deutlich abgeflacht hatte, war seit dem 3. Quartal ein zunehmender Rückgang zu verzeichnen (um durchschnittlich 26 000 Personen je Quartal). Auch im Januar dieses Jahres wies die Statistik nochmals eine deutliche Abnahme aus (81 000). Der seit dem Sommer zu beobachtende Verlauf spiegelt jedoch die konjunkturelle Entwicklung nicht wieder. Ursächlich für den Rückgang waren in der zweiten Jahreshälfte 2003 Änderungen in den Erhebungsmerkmalen der Arbeitslosenstatistik (Benner et al. 2003), vor allem aber die Maßnahmen zur „Aktivierung der Bewerberbestände“. Seit dem 1. Januar 2004 werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen ebenso wie Arbeitslose, die sich in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden, nicht mehr als arbeitslos registriert. Ohne diese Änderung wäre die registrierte Arbeitslosigkeit im Januar um 28 000 Personen gestiegen. Im Februar hat sich die Zunahme fortgesetzt (26 000 Personen). Der Anstieg seit Jahresbeginn signalisiert jedoch nur zum Teil eine konjunkturelle Verschlechterung. Teilweise kann er durch ein späteres Einsetzen der Arbeitslosigkeit in den Außenberufen erklärt werden, welche im Saisonbereinigungsverfahren nicht berücksichtigt wird.

Folgt man den Angaben der Erwerbstätigenstatistik, so ist ebenfalls keine Wende am Arbeitsmarkt auszumachen. Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsabbaus sehr stark verlangsamt (erstes Halbjahr 2003: gut 190 000 Personen, zweites Halbjahr 2003: knapp 45 000 Personen). Eine entscheidende Rolle haben hierbei Maßnahmen im Zuge der Umsetzung der Hartz-Reform gespielt, die primär den Randbereichen des Arbeitsmarktes zugute gekommen sind (erweiterter Niedriglohn-Sektor, Ich-AGs). Insbesondere ist die Neben-erwerbstätigkeit stark angestiegen. Dies trug dazu bei, dass sich die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen im Jahr 2003 um 0,2 Prozent erhöht hat. Von Bedeutung war hierfür auch der historisch betrachtet extrem niedrige Krankenstand. Vor diesem Hintergrund fiel der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens (0,9 Prozent)

im Jahr 2003 geringer aus als die Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen (1,1 Prozent).⁵ Das Tempo des Rückgangs der offenen Stellen hat sich bis zuletzt nur wenig ermäßigt.

Die Lohnrunde 2004/2005 wird durch den Pilotabschluss in der Metallindustrie Baden-Württembergs geprägt. Für die gesamte Laufzeit des Vertrages, die mit 26 Monaten den Unternehmen einige Planungssicherheit gibt, errechnet sich eine Lohnerhöhung von ca. 2,3 Prozent pro Jahr. Nach zwei Nullmonaten erfolgt im März eine erste Stufenanhebung um 2,2 Prozent und dann im März 2005 eine weitere um 2,7 Prozent. Die Möglichkeiten, von der 35-Stunden-Woche nach oben (bis 40 Stunden) abzuweichen, sind substantiell ausgebaut worden. Dies kann ebenso kostensenkend wirken wie die Verpflichtung der IG-Metall, betrieblichen Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung im Regelfall zuzustimmen. Damit ist der Abschluss deutlich moderater ausgefallen als der in der Tarifrunde 2002. In den im Frühjahr anstehenden Tarifverhandlungen in der Chemieindustrie dürfte von diesem Kurs nicht wesentlich abgewichen werden. Für die Gesamtwirtschaft veranschlagen wir den Anstieg des tariflichen Stundenlohns auf 1,7 Prozent in diesem Jahr und auf 2,2 Prozent im Jahr 2005. Die Tendenz zum Abbau übertariflicher Leistungen wird sich trotz verbesserter Konjunkturaussichten im Prognosezeitraum nur unwesentlich abschwächen. Alles in allem wird der für die Personaldispositionen relevante Produzentenreallohn in diesem Jahr etwas sinken und im nächsten Jahr geringfügig steigen. Damit wird die Beschäftigung von dieser Seite eher gefördert, zumal die Belastung durch Sozialbeiträge etwas sinkt.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit wird noch bis zum Herbst dieses Jahres anhalten.⁶ Erst für die Zeit danach rechnen wir im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder mit Beschäftigungsgewinnen. Sie dürften sich auf den erweiterten Niedriglohnsektor (ausschließlich geringfügig Beschäftigte) und die Selbständigen (Ich-AGs) konzentrieren, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zunächst weiter sinkt. Hierbei ist angenommen, dass sich die außerordentlich starke Zunahme der Zahl der Ich-AGs, die 2003 zu beobachten war, deutlich abgeschwächt fortsetzt, da viele der Neugründungen aus 2003 an einem auf Dauer nicht tragfähigen Geschäftskonzept scheitern werden. Nach Untersuchungen des IAB sind bereits im vergangenen Jahr rund 3 000 Ich-AGs wieder aus dem Markt ausgeschieden. Wir erwarten eine deutliche Abschwächung des Anstiegs der Zahl der Selbständigen auf knapp 40 000 Personen im Durchschnitt der Jahre 2004 und 2005, nach fast 90 000 Personen

⁵ Statistisches Bundesamt, *Pressemitteilung* vom 17. Februar 2004.

⁶ Das Scheitern der deutschen Tochter der niederländischen Zeitarbeitsfirma „Maatwerk“ bedeutet für die gesamte Erwerbstätigkeit keine nennenswerte Beeinträchtigung. Allerdings ist es ein Rückschlag für die Umsetzung des PSA-Konzepts (Personal Service Agenturen), da Maatwerk-Deutschland ein Fünftel des PSA-Bestandes stellte und etwa ein Drittel aller PSA-Beschäftigten von insgesamt gut 30 000 Ende Januar betreut hat.

im Verlauf von 2003. Im Verlauf des nächsten Jahres wird der Personalbestand rascher ausgeweitet werden. Geht in diesem Jahr die Erwerbstätigkeit noch zurück (um gut 30 000 Personen), so ergibt sich für den Verlauf von 2005 ein kräftiger Anstieg um rund 250 000 Personen. Im Jahresdurchschnitt sinkt die Beschäftigung in diesem Jahr um knapp 70 000 Personen auf 38,18 Millionen. Im Jahr 2005 erhöht sie sich, erstmals seit 2001, um rund 130 000 auf gut 38,30 Millionen Personen (Tabelle 4; Kasten 1).

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wird in diesem Jahr steigen. Dieser Anstieg resultiert jedoch ausschließlich aus einer zusätzlichen Anzahl an Arbeitstagen. Im Jahr 2005 wird das geleistete Arbeitsvolumen annähernd unverändert bleiben. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit bewirkt für sich genommen eine Zunahme, diese wird allerdings durch die geringere Anzahl an Arbeitstagen kompensiert.

Bei der Prognose der registrierten Arbeitslosigkeit⁷ ist unterstellt, dass die Effekte der „Bereinigung“ der Arbeitslosenstatistik bis Ende 2004 im Wesentlichen auslaufen, da dann das hierfür noch infrage kommende Reservoir an Arbeitslosen weitgehend ausgeschöpft sein dürfte. Es ist zu beachten, dass sich durch diese Bereinigung insbesondere seit dem Frühjahr 2003 die Stille Reserve außerordentlich stark erhöht hat, da der größte Teil der nicht mehr bei den Arbeitsagenturen registrierten Arbeitslosen nach wie vor einen Arbeitsplatz suchen dürfte. Wir erwarten, dass im kommenden Aufschwung in deutlich größerem Umfang als in früheren Konjunkturzyklen Personen aus der Stillen Reserve von der zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften profitieren werden.

Obwohl die Erwerbstätigkeit im Verlauf dieses Jahres leicht abnimmt, sinkt die registrierte Arbeitslosigkeit um gut 60 000 Personen. Dies ist dadurch bedingt, dass die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen seit dem 1. Januar 2004 nicht mehr als Arbeitslose, sondern als Teil der Stillen Reserve gezählt werden. Entsprechend stark nimmt (einschließlich der Auswirkungen der Statistik-Bereinigung) im Verlauf dieses Jahres die Stille Reserve zu (um fast 130 000 Personen). Für den Jahresdurchschnitt 2004 ergibt sich ein Bestand von gut 4,30 Millionen Arbeitslosen. Im Jahr 2005, das von Bereinigungseffekten kaum mehr betroffen ist, steht der Zunahme der Erwerbstätigkeit zwar eine Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit gegenüber. Diese fällt aber mit knapp 100 000 Personen im Verlauf vergleichsweise bescheiden aus, da der größere Teil der zusätzlichen Arbeitsplätze

⁷ Bis Dezember 2003 mit, ab Januar 2004 ohne die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Im Durchschnitt des letzten Jahres belief sich deren Zahl auf 78 000 Personen.

Tabelle 4:
Arbeitsmarktbilanz 1999–2005 (1 000 Personen)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a
Deutschland							
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	34 128	34 744	34 831	34 580	34 104	33 964	34 063
<i>Nachrichtlich:</i>							
Kurzarbeiter	119	86	123	207	196	169	116
Pendlersaldo	66	67	61	60	58	55	57
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	34 062	34 677	34 770	34 520	34 046	33 909	34 006
Selbständige ^b	3 943	4 004	4 080	4 091	4 142	4 214	4 245
Erwerbstätige (Inland)	38 071	38 748	38 911	38 671	38 246	38 178	38 308
Arbeitsangebot ^c	43 724	44 046	44 254	44 306	44 323	44 358	44 392
Stille Reserve ^c	1 554	1 409	1 490	1 575	1 701	1 876	1 824
Registrierte Arbeitslose ^d	4 099	3 889	3 853	4 060	4 376	4 304	4 260
<i>Nachrichtlich:</i>							
Arbeitslose nach ILO-Konzept (VGR)	3 333	3 066	3 110	3 396	3 661	3 600	3 564
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^e	9,7	9,1	9,0	9,5	10,3	10,2	10,0
Nach Definition der BA ^f	10,5	9,6	9,4	9,8	10,5	10,4	10,2
Westdeutschland (ohne Berlin)							
Erwerbstätige ^g	30 548	31 260	31 515	31 395	31 096	31 088	31 258
darunter: BSM ^h	67	60	53	43	30	19	12
Arbeitsangebot ⁱ	34 511	34 898	35 132	35 220	35 280	35 327	35 411
Stille Reserve ⁱ	1 359	1 257	1 296	1 328	1 432	1 505	1 443
Registrierte Arbeitslose ^d	2 604	2 381	2 320	2 497	2 752	2 734	2 710
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ⁱ	7,9	7,1	6,9	7,4	8,1	8,1	8,0
Nach Definition der BA ^f	8,6	7,6	7,2	7,7	8,4	8,4	8,3
Ostdeutschland (einschl. Berlin)							
Erwerbstätige ^g	7 523	7 488	7 396	7 276	7 150	7 090	7 050
darunter: BSM ^h	363	257	190	150	110	78	59
Arbeitsangebot ⁱ	9 213	9 148	9 122	9 086	9 043	9 031	8 981
Stille Reserve ⁱ	195	152	194	247	269	371	381
Registrierte Arbeitslose ^d	1 495	1 508	1 532	1 563	1 624	1 570	1 550
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^j	16,6	16,8	17,2	17,7	18,5	18,1	18,0
Nach Definition der BA ^f	17,3	17,1	17,3	17,7	18,5	18,1	18,0

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cEigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom Januar 2003. — ^dNach jeweiligem Rechtsstand, d.h. ab 2004 ohne Teilnehmer an Trainings- und Eignungsfeststellungsmaßnahmen. — ^eRegistrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. — ^fBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^gArbeitsortkonzept. — ^hBSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen. — ⁱSchätzungen, die u.a. auf einer approximativen Ermittlung des Arbeitsangebots in Westberlin basieren. — ^jRegistrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus Inlands- und Inländer-Konzept).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie I* (lfd. Jgg.); *Pressemitteilung* des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (zuletzt aktualisiert am 22. Januar 2003); eigene Schätzungen und Prognosen.

Kasten 1:

Zur Schätzung des Arbeitsangebots

Das Wachstum des Erwerbspersonenpotentials dürfte im Prognosezeitraum sehr moderat bleiben – d.h.: weit hinter den hohen Expansionsraten zurückbleiben, die bis zum Jahr 2001 charakteristisch waren (Tabelle 4). Betrug die jährliche Zunahme im Durchschnitt der Jahre 1998–2001 noch fast 270 000 Personen, so wird sie sich auf knapp 30 000 Personen im Durchschnitt der Jahre 2002–2005 ermäßigen.^a Dies spiegelt vor allem die Entwicklung in Westdeutschland wider (ohne Berlin). In den neuen Bundesländern einschließlich Berlins beschleunigt sich der seit 1999 zu beobachtende Rückgang (Durchschnitt 1998–2001: –22 000 Personen; Durchschnitt 2002–2005: –35 000 Personen).

Ursächlich für diese starke Verlangsamung des Wachstums des Erwerbspersonenpotentials sind zunächst demographische Faktoren, die den deutschen Bevölkerungsteil betreffen: Aus dem Bestand an Personen im erwerbsfähigen Alter scheiden 2004/2005 die geburtenstarken Jahrgänge 1939/1940 aus, während die vergleichsweise schwach besetzten Jahrgänge 1989/1990 nachrücken. Außerdem ging der Zustrom von deutschstämmigen Aussiedlern aus Russland und Kasachstan im Jahr 2003 gegenüber 2001 drastisch zurück. Dies lässt sich gut durch ein „Push-Pull-Modell“ erklären, das in der Migrationstheorie zur Abbildung derartiger Phänomene oft herangezogen wird. Die Bedeutung der „Push“-Faktoren, die die deutschstämmige Bevölkerung in den GUS-Staaten zur Auswanderung bewogen hat, hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Hierzu zählen in erster Linie die Verbesserung der ökonomischen Situation in Russland sowie die Stabilisierung der Lage in Kasachstan.^b Bei den „Pull“-Faktoren, die im Zielland des Migranten die Einwanderung begünstigen bzw. erschweren, hat sich die anhaltende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in Deutschland offenbar besonders negativ auf den Zustrom von Aussiedlern vor allem aus Russland ausgewirkt. Hinzu kommen Bestrebungen der Bundesregierung, den jährlichen Zustrom von Aussiedlern deutlich unter 100 000 Personen zu halten. Zudem hat die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage in wachsendem Umfang qualifizierte Arbeitskräfte (oft mit ihren Familien) besonders aus Ostdeutschland zur Auswanderung veranlasst. Hauptzielländer waren dabei die Niederlande sowie die skandinavischen Staaten. So gelang es beispielsweise vielen ostdeutschen Baufacharbeitern, einen Arbeitsplatz in der niederländischen Bauwirtschaft zu finden. Zwar ist der Umfang dieser Auswanderungen vorerst noch von nachrangiger Größenordnung. Er zeigt aber, über den traditionellen wissenschaftlichen „braindrain“ in die angelsächsischen Länder hinaus, eine völlig neue Facette im deutschen Migrationsgeschehen nach der Wiedervereinigung.

Schließlich nimmt die Bildungsbeteiligung der über 14 Jahre alten Personen deutscher Nationalität immer noch zu. Dies wirkt sich ebenfalls kontraktiv auf das berechnete Arbeitskräftepotential aus. Signifikant positive Effekte auf das Arbeitsangebot von Deutschen sind vor allem von Seiten der Frauenerwerbsquote zu erwarten. Indirekt zeigt sich dies darin, dass – ungeachtet der anhaltend schlechten Arbeitsmarktlage – der Anteil von Frauen an allen Erwerbstätigen bis zuletzt weiter leicht zugenommen hat (im vierten Quartal 2003 gegenüber dem vierten Quartal 2002 um 0,4 Prozentpunkte). Sobald die konjunkturelle Erholung auf den Arbeitsmarkt übergreift, wird sich der Anstieg der Frauenerwerbsquote wieder beschleunigen. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass die sinkende Erwerbsbeteiligung der männlichen Wohnbevölkerung im Alter von 60–64 Jahren, die durch den konjunkturbedingt starken Anstieg der Inanspruchnahme von Frühverrentungsprogrammen (§ 428 SGB II; Altersteilzeit im „Verblockungsmodell“^c) noch beschleunigt worden ist, sich im Zuge einer allmählichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage erstmalig seit Mitte der neunziger Jahre wieder erhöht.

Beim ausländischen Bevölkerungsteil zeichnen sich ebenfalls stark sinkende Zuwachsraten des Arbeitskräftepotentials ab. Hierbei spielt nicht zuletzt der drastische Einbruch beim Zustrom von Asylbewerbern (–30 Prozent im Jahr 2003 gegenüber 2002; das Höchstniveau von knapp 440 000 Personen im Jahr 1992 wird inzwischen um nahezu 90 Prozent unterschritten) eine Rolle. Dabei haben gesetzliche Maßnahmen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes – so wurden u.a. finanzielle durch Sachleistungen ersetzt – eine wichtige Rolle gespielt. Inzwischen nimmt, anders als früher, die Bundesrepublik Deutschland pro anno deutlich weniger an Asylbewerbern auf als beispielsweise Großbritannien, Frankreich oder die Niederlande. Insofern war es nur konsequent, dass Anfang 2001 das Arbeitsverbot für Asylbewerber unter Berücksichtigung einer Wartefrist ganz aufgehoben worden ist. Auch diese Entwicklung lässt sich gut mithilfe eines „Push-Pull-Modells“

erklären: Die „Pull“-Faktoren wurden sowohl im Rahmen institutioneller Arrangements – politisch gewollt – als auch durch die sich ab 2002 immer mehr verschlechternde Arbeitsmarktlage in Deutschland reduziert. Gleichzeitig übten allerdings in diesem Sektor die sich durch den erweiterten Niedriglohnbereich substantiell verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylbewerber im Hotel- und Gaststättengewerbe eine retardierende Wirkung aus. Auf diese Weise ist offenbar in vielen Fällen Schwarzarbeit in legale Beschäftigung überführt worden.

Alles in allem ist in den letzten Jahren auch das Wachstum des Arbeitsangebots der Ausländer in Deutschland deutlich zurückgegangen. Diese Tendenz dürfte sich zumindest 2004/2005 zunächst noch weiter verstärken. Im Vergleich zu einigen anderen westeuropäischen Staaten hat Deutschland als Ziel für Migranten seit 2001 ganz erheblich an Attraktivität eingebüßt, wobei nicht nur die schwierige Arbeitsmarktlage, sondern auch eine fehlende Einwanderungspolitik eine Rolle spielen. Ein Gegengewicht ist lediglich in den über die Jahrzehnte stark ausgebauten, türkischen Familiennetzwerken zu sehen, die – mehr oder weniger unabhängig von der jeweiligen ökonomischen Situation – den Familiennachzug begünstigen.

Die traditionell für die Schätzung des Arbeitskräftepotentials entwickelte Methodik impliziert eine Dominanz des Normalarbeitsverhältnisses,^d das ganz überwiegend von Personen im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) ausgeübt wird, die weder Schüler, Studenten noch Rentner sind. Diese Dominanz beginnt sich insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend aufzulösen zugunsten der Randbereiche des Arbeitsmarktes. Die strikt am Personenkonzept ausgerichtete Erwerbstätigenstatistik des Statistischen Bundesamtes hat vor allem im Rahmen der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung im April 1999 sowie im Frühjahr 2003 durch eine substantielle Erweiterung des Niedriglohnssektors im Zuge der Umsetzung der Hartz-Reform stark an Aussagekraft verloren,^e wodurch ihre Brauchbarkeit für Schätzungen des Arbeitskräftepotentials erheblich beeinträchtigt worden ist. Rückschlüsse von der Zahl der Erwerbstätigen auf das geleistete Arbeitsvolumen (und umgekehrt) werden so immer schwieriger. Die nach der traditionellen Methode ermittelten, empirischen Erwerbsquoten, die die Grundlage für die Schätzung der Potentialerwerbsquoten bilden, erweisen sich zunehmend als überhöht, da in ihre Berechnung als Bezugsgröße (Nenner) Schüler im erwerbsfähigen Alter, Studenten und Rentner nicht eingehen, diese aber einen immer größeren Teil der Erwerbstätigen (Zähler) stellen.^f Unverändert bleibt auch das Problem der Doppelzählungen. So können registrierte Arbeitslose, die weniger als 15 Wochenstunden arbeiten, sowohl in der Arbeitslosen- als auch in der Erwerbstätigenstatistik erfasst werden.

Ein stark disaggregiertes Vorgehen, wie es vom IAB auf der Grundlage der Daten des Mikrozensus praktiziert wird, besitzt zwar den Vorzug der Vermeidung von groben Fehlern in Detailbereichen, kann aber zur Lösung des Kernproblems, nämlich der wachsenden Entkoppelung von geleistetem Arbeitsvolumen und Erwerbstätigenzahl, kaum etwas beitragen. Einen zurzeit noch nicht gangbaren Ausweg, der mit zusätzlichen Anforderungen an die Statistik verbunden ist, zeigt Fuchs (2001: 163) auf: „Auch die Statistik muss sich (noch) besser auf die reale Entwicklung der Arbeitswelt einstellen. Dazu gehören die Erfassung, der Ausweis und die Analyse statistischer Kategorien, die Doppel- und Mehrfachrollen beinhalten, welche verschiedenen institutionellen Systemen zuzuordnen sind – wie dem Bildungs- und Erwerbssystem“.

^aDer abrupte Einbruch im Jahr 2002 ist wesentlich durch Sonderfaktoren bedingt. (Geschätzte kumulierte Auswirkungen der Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber.) — ^bHinzu kommt die abnehmende Zahl von Personen deutscher Abstammung, die sich noch in der Lage sehen, sich eine ausreichende deutsche Sprachkompetenz anzueignen, die eine der Voraussetzungen für die Anerkennung als Aussiedler ist. — ^cDas Altersteilzeitprogramm wird ganz überwiegend in Form des „Verblockungsmodells“ genutzt: Die ersten drei Jahre (ab 60) wird Vollzeit weitergearbeitet, um dann mit 63 Jahren in den Ruhestand zu gehen. Die ursprünglichen Intentionen des Gesetzgebers – ein gleitender Übergang in die Rente – werden damit unterlaufen. — ^dUnbefristet sozialversicherungspflichtig Voll- und Teilzeitbeschäftigte. — ^eOb eine Arbeitskraft eine oder 35–40 Wochenstunden arbeitet, spielt nach dem Personenkonzept keine Rolle – sie zählt in beiden Fällen als ein Erwerbstätiger. — ^fLaut Mikrozensus entfielen in Deutschland 1991: 9,6 Prozent, 2002: 13,5 Prozent aller Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 30 Jahren auf Schüler und Studenten. Der Anteil der Letzteren an allen Erwerbstätigen nahm in derselben Periode von 1,1 Prozent (1991) auf 1,8 Prozent im Jahr 2002 zu.

von Personen aus der Stillen Reserve besetzt wird (gut 120 000 Personen im Verlauf). Im Jahresdurchschnitt liegt die registrierte Arbeitslosigkeit bei 4,26 Millionen Personen, womit sie trotz aller Bereinigungen und der Neudefinition ab Januar dieses Jahres die 4-Millionen-Marke immer noch deutlich übertrifft. Die Stille Reserve erreicht mit knapp 1,9 Millionen Personen in diesem Jahr ihr Maximum und ermäßigt sich 2005 auf gut 1,8 Millionen Personen.

Ausblick: Leicht beschleunigter Produktionsanstieg

Im Prognosezeitraum wird der weltweite Konjunkturaufschwung weiter auf die deutsche Wirtschaft übergreifen. Unter der hier getroffenen Annahme, dass der Euro nicht weiter aufwertet, werden die Exporte in diesem Jahr deutlich rascher expandieren als in den beiden zurückliegenden Jahren (Tabelle 5). Die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Erholung der Konjunktur sind gegenwärtig gegeben. Die Rahmenbedingungen für die Investitionen sind angesichts günstiger Finanzierungsbedingungen und niedriger Lohnsteigerungen positiv, und die Absatzerwartungen der Unternehmen haben sich in den vergangenen Monaten verbessert. Ferner wird der private Konsum vorübergehend durch die Steuersenkung angeregt. Die Dynamik wird allerdings durch die gedämpften längerfristigen Perspektiven für die Einkommens- und Absatzentwicklung aufgrund des geringen Wachstums des Produktionspoten-

Tabelle 5:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2003–2005^a

	2003				2004				2005			
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q. ^b	2.Q. ^b	3.Q. ^b	4.Q. ^b	1.Q. ^b	2.Q. ^b	3.Q. ^b	4.Q. ^b
Bruttoinlandsprodukt	-1,0	-0,6	0,8	0,9	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5	1,4	1,3	1,2
Private Konsumausgaben	1,5	-1,7	-1,2	-1,7	1,8	1,3	1,0	1,2	1,7	1,4	1,2	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,5	2,9	2,9	-1,0	-3,5	0,8	0,8	0,4	-1,6	0,7	0,8	1,4
Ausrüstungsinvestitionen	-1,7	-8,1	-6,5	7,9	2,5	3,5	4,0	4,0	5,0	4,5	3,5	2,5
Bauinvestitionen	-9,2	0,4	0,3	6,4	1,7	1,8	1,6	0,5	-1,1	-0,7	0,1	0,6
Sonstige Anlagen	-0,6	0,6	3,5	4,1	4,9	6,0	6,5	7,0	6,0	5,5	4,0	4,0
Inländische Verwendung	1,9	0,1	-4,5	4,1	-0,1	1,9	1,0	1,5	1,3	1,6	1,2	1,1
Ausfuhr	-2,1	-9,8	15,9	1,2	6,1	3,0	2,5	5,5	5,0	3,5	5,2	4,4
Einfuhr	6,2	-9,0	0,7	11,1	2,6	4,9	1,5	6,5	5,0	4,5	5,5	4,5
Arbeitnehmer im Inland ^c	34 189	34 123	34 083	34 027	33 987	33 962	33 950	33 953	33 974	34 017	34 088	34 166
Arbeitslose ^c	4 326	4 415	4 399	4 367	4 295	4 305	4 310	4 305	4 295	4 280	4 250	4 210

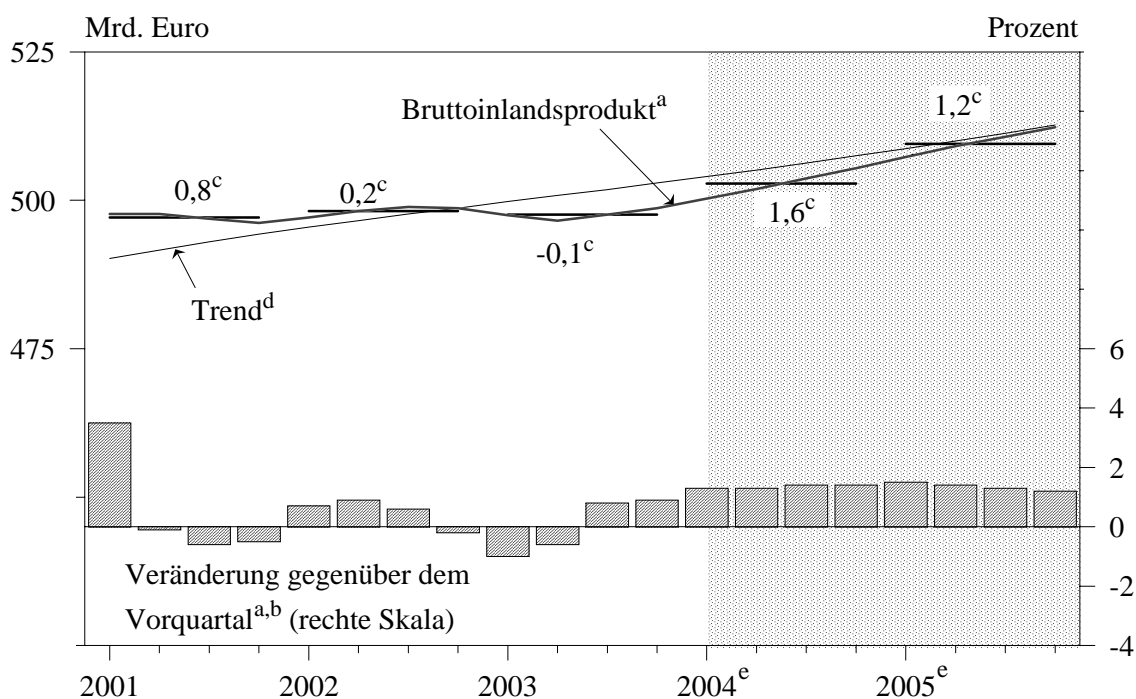
^aIn Preisen von 1995. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cIn 1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene und Prognosen.

tials gebremst. Der Produktionsanstieg dürfte sich gleichwohl im weiteren Jahresverlauf, Berechnungen getragen durch die Auslandsnachfrage, leicht beschleunigen. Davon sind allerdings 0,6 Prozentpunkte auf die deutlich höhere Anzahl von Arbeitstagen, insbesondere im Dezember, zurückzuführen.

Im kommenden Jahr dürfte sich die Erholung fortsetzen (Abbildung 2). Mit dem allmählichen Wegfallen der dämpfenden Effekte durch die vergangene Aufwertung des Euro wird die Auslandsnachfrage zunächst noch etwas rascher zunehmen. Gegen Ende des Prognosezeitraums schwächen sich die Zuwächse dann allerdings aufgrund des moderateren Tempos der Weltwirtschaft ab. Auf binnenwirtschaftlicher Seite kommen vorübergehend geringfügige Anregungen von der abermaligen Senkung der Einkommensteuer zu Jahresbeginn 2005. Die Zuwächse bleiben hier jedoch weiterhin vergleichsweise schwach. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2004 voraussichtlich um 1,6 Prozent zunehmen (Tabelle 6). Für den Jahresdurchschnitt 2005 rechnen wir mit einem Anstieg um 1,2 Prozent.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2001–2005



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^dBerechnet mithilfe eines Hodrick–Prescott-Filters. — ^eAb 2004 I: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 6:
Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2002–2005

	2003	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1 987,7	0,2	-0,1	1,6	1,2
Private Konsumausgaben	1 124,1	-1,0	-0,1	0,7	1,2
Konsumausgaben des Staates	391,7	1,7	0,9	-0,2	0,1
Anlageinvestitionen	385,6	-6,7	-2,9	3,9	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	147,9	-9,1	-3,0	3,7	3,7
Bauinvestitionen	209,8	-5,8	-3,4	4,0	0,1
Sonstige Anlagen	27,9	1,6	1,8	4,8	5,8
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-7,4	-22,0	-7,4	-6,7	-5,6
Ausfuhr	731,1	3,4	1,2	5,4	4,0
Einfuhr	637,4	-1,7	2,6	4,7	4,4
Außenbeitrag (Mrd. €)	93,7	101,1	93,7	103,3	104,5
Bruttonationaleinkommen	1 978,7	0,5	-0,5	1,5	1,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 129,2	1,8	0,9	2,7	2,2
Private Konsumausgaben	1 247,1	0,3	0,9	2,1	2,3
Konsumausgaben des Staates	410,9	2,6	1,6	0,0	0,8
Anlageinvestitionen	377,7	-6,8	-3,6	4,4	2,7
Ausrüstungsinvestitionen	145,1	-9,3	-4,5	4,6	5,6
Bauinvestitionen	207,9	-5,9	-3,5	4,1	0,3
Sonstige Anlagen	24,7	1,0	0,3	4,8	6,5
Vorratsveränderung (Mrd. €)	3,0	-13,2	3,0	-0,7	0,4
Ausfuhr	761,0	3,6	0,4	6,1	5,6
Einfuhr	670,5	-3,4	0,5	4,2	6,1
Außenbeitrag (Mrd. €)	90,5	90,7	90,5	108,8	111,2
Bruttonationaleinkommen	2 118,2	2,1	0,4	2,6	2,3
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	1,0	1,1	1,0
Private Konsumausgaben		1,3	1,0	1,4	1,2
Ausrüstungsinvestitionen		-0,1	-1,5	0,9	1,8
Bauinvestitionen		0,0	-0,2	0,1	0,2
Sonstige Anlagen		-0,6	-1,4	0,0	0,7
Ausfuhr		0,2	-0,7	0,6	1,5
Einfuhr		-1,7	-2,0	-0,5	1,6
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 572,6	1,9	0,1	2,5	2,2
Arbeitnehmerentgelt	1 132,7	0,8	0,2	0,4	1,7
in Prozent des Volkseinkommens		71,9	72,0	70,6	70,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	439,9	4,8	-0,3	7,8	3,5
Lohnstückkosten, real ^b		-0,8	-0,4	-2,0	-0,4
Produktivität ^c		1,3	0,8	1,5	1,2
Arbeitslose (1 000)		4 060	4 376	4 304	4 260
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,8	10,5	10,4	10,2
Erwerbstätige ^d (1 000)		38 671	38 246	38 178	38 308
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-74,3	-82,1	-82,2	-79,7
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-3,5	-3,9	-3,8	-3,6
Schuldenstand ^e		60,8	64,2	65,6	67,3
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		62,8	50,9	66,8	61,9

^aPrognose. — ^bArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^cBruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. — ^dInlandskonzept. — ^eIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Bei der Prognose wird unterstellt, dass der Euro nicht abermals kräftig an Wert gewinnt. Wie unsere Analyse mit einem kleinen makroökonomischen Modell für Deutschland und den Euroraum zeigt, führt eine zehnpromtente reale effektive Aufwertung des Euro zu einem Zurückbleiben der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 0,8 Prozentpunkte im selben Jahr (Gern et al. 2004). Würde der Euro nochmals ähnlich stark aufwerten wie im vergangenen Jahr, so würde die Konjunktur in Deutschland für sich genommen erheblich geschwächt werden.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg) (2003). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003*. Berlin.
- Benner, J., D. Borbély, A. Boss, A. Kuhn, C.-P. Meier, F. Oskamp, J. Scheide und R. Schmidt (2003). Deutschland: Stagnation hält vorerst an. *Die Weltwirtschaft* (1): 31–56.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2004). Ergebnis aus dem Vermittlungsverfahren vom Dezember 2003. *Monatsbericht* (1): 35–43.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (Hrsg.) (lfd. Jgg.). *Finanzbericht*. Bonn bzw. Berlin.
- Boss, A., und T. Elendner (2003). Steuerreform und Lohnsteueraufkommen in Deutschland – Simulationen auf Basis der Lohnsteuerstatistik. *Die Weltwirtschaft* (4): 368–387.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (2003). Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsströme im Jahr 2002. *Monatsbericht* (6): 29–50.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Fuchs, J. (2001). Der Zusammenhang von stiller Reserve und geringfügiger Beschäftigung. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 34 (2): 152–164.
- Gern, K.-J., C. Kamps, C.-P. Meier und J. Scheide (2004). Verhaltener Aufschwung in Euro-land. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- Koch, R., und P. Steinbrück (2003). *Subventionsabbau im Konsens*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.